

Allgemeiner Oberschlesischer Anzeiger.

46-ter

Jahrgang.



No 94.

1848.

Ratibor, Sonnabend 25. November.

Bekanntmachung.

Nach uns zugekommenen Anzeigen haben sich an verschiedenen Orten unseres Verwaltungs-Bezirks sogenannte Sicherheits-Ausschüsse oder Schutz-Commissionen gebildet, welche, sich neben den gesetzlich geordneten Behörden stellegend, die Autorität derselben untergraben. Indem wir voraussetzen, daß diese Schritte nur in der ersten Aufregung gethan worden sind, wird es nur dieser Anregung des Sinnes für Recht und Gerechtigkeit der Einwohner unseres Verwaltungs-Bezirks bedürfen, um solche Sicherheits-Ausschüsse oder Schutz-Commissionen, so weit solche außer dem Gesetze neben den geordneten Behörden irgend einen Eingriff oder Einfluß auf die amtliche Wirksamkeit der Behörden auszuüben beabsichtigen, in die gesetzlichen Schranken zurückgeführt zu sehen. Sollte dies mit der Erwarten nicht geschehen, so würde den vorgesetzten Behörden die unerläßliche Pflicht obliegen, mit nachdrücklichem Ernste solchen Bestrebungen entgegen zu treten, und gegen Diejenigen die gerichtliche Verfolgung und Bestrafung wegen Anmaßung von Amtsgewalt, gemäß §. 76. 299, §. 81 und 82. Allgem. Land-Recht Thl. II. Tit. X. so wie §. 229. und 233. Thl. II. Tit. XX. sofort in Antrag zu bringen, welche sich dabei betheiligt haben.

Indem wir die uns untergebenen Behörden auffordern, hiernach zu verfahren und sie dabei gleichzeitig unseres kräftigen Schutzes versichern, finden wir uns zugleich veranlaßt, noch besonders auf §. 4. des Bürgerwehrgesetzes

vom 17. Oktober c. aufmerksam zu machen, nach welchem die Bürgerwehr sich bei Vermeidung der Auflösung nicht in die Verrichtungen der Gemeinde-Verwaltungs- oder gerichtlichen Behörden einmischen darf.

Oppeln den 19. November 1848.

Königliche Regierung. Abteilung des Innern.
(gez.) Packler.

(Eingefandt im Auftrage der Königl. Regierung vom Magistrat hier.)

In das Land!

Die Krone hat die National-Versammlung bis zum 27. d. M. vertagt und nach Brandenburg einberufen aus Gründen, deren Gewicht in einer Reihe von Thatsachen seit dem Mai bis zum 31. Oktober der Nation zur Beurtheilung vorliegt. Die Majorität der National-Versammlung bestreitet die Befugniß zu jenem Schritte, glaubt die Volksfreiheiten gefährdet und setzt ihre Berathung fort. Von Seiten der Regierung sind dagegen außerordentliche Schritte geschehen, und ein ungeheurer Riß ist entstanden, welcher das Glück und die Ruhe der Nation zu verschlingen droht, sogar den Umsturz des theuren Vaterlandes herbeiführen kann.

In dieser inhaltschweren Zeit fühlen wir, die wir uns den weiteren Berathungen entzogen, das Bedürfnis und die Pflicht dem Lande gegenüber, die Beweggründe unsers Verhaltens offen darzulegen.

Auch wir sind unabhängige, freie Söhne des großen